

München, 28.07.2019

LKW-Unfälle: Abbiegeassistenten schneller einführen

Europapolitischer Sprecher Rinderspacher fordert raschere Regelung auf EU-Ebene - Bayerische Kommunen sollen eigene Fahrzeuge umrüsten

Die Zahl der Rechtsabbiegeunfälle von LKWs in Bayern ist unverändert hoch. Laut einer aktuellen parlamentarischen [Anfrage](#) des Münchner Abgeordneten **Markus Rinderspacher** gab es vergangenes Jahr 176 solcher Unfälle mit 79 Verletzten und zwei Toten. Heuer ereigneten sich bis Ende Mai bereits 72 Rechtsabbiegeunfälle mit 33 Verletzten und drei Toten.

Rinderspacher fordert als europapolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion eine schnellere verpflichtende Einführung von elektronischen Rechtsabbiegeassistenten auf der europäischen Ebene. Diese ist bislang erst nach 2022 vorgesehen. Rinderspacher: "Elektronische Assistenzsysteme, die den toten Winkel neben den Lastwagen überwachen, retten Leben. Es ist fahrlässig, funktionierende Abbiegeassistenten für die LKW-Fahrer erst in einigen Jahren verpflichtend zu machen."

Rinderspacher hält deshalb eine unverzügliche nationale Regelung für notwendig und fordert auch ein schnelles Handeln in Bayern: "Der bayerische Verkehrsminister sollte die Kommunen anweisen, dass die LKWs im kommunalen Bestand sofort mit dem Abbiegeassistenten ausgerüstet werden, solange die EU und der Bund noch keine Regelungen erlassen haben", so Rinderspacher. Außerdem sollten die Kommunen nur noch Firmen beauftragen, deren Lkws über Abbiegeassistenten verfügen.